

Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Amtsblatt

Drahtschreib: Tagesblatt Rieser,
General Nr. 20.

Postfach: Leipzig 21804,
Stolte Nr. 52.

für die Amtshauptmannschaft Großenhain, das Amtsgericht und den Rat der Stadt Rieser, sowie den Gemeinderat Gröba.

Nr. 54.

Donnerstag, 6. März 1919, abends.

72. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, durch unsere Träger frei Haus oder bei Abholung am Postfach vierjährlich 8.50 Mark, monatlich 1.20 Mark. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 10 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die 43 im breite Grundriss-Zeile (7 Zeilen) 30 Pf., Ortspreis 25 Pf.; zeitraubender und tabellarischer Satz entsprechend höher. Nachweilungs- und Vermittlungsgebühr 20 Pf. Jede Zeile, bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfließt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Kontostück Zahlungs- und Erfüllungsort: Rieser. Verzehnjährige Unterhaltungsbeiträge: Erzähler an der Elbe. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verlegerin oder der Beförderungsanstalten — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Sanger & Winterlich, Rieser. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Sähnel, Rieser; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Rieser.

Quecken-Ankauf.

Da die vorhandenen Queckenbestände zur menschlichen Nahrung freigegeben werden müssen und die als Ersatzfutter für Seerestfische zu verarbeitenden Quecken zur Reife gehen, werden die Landwirte aufgefordert, die gesammelten Queckenmengen der Firma Weichner & Fröhlich, Großenhain, Aufschluhaleis Cottbuser Bahnhof, zuzuführen. Der Händler Hermann Danke ist Aufführer für diese Firma. Bei Verfrachtung der Quecken mittels Bahn sind die abgetrockneten Frachttarife von der Firma zu bezahlen. Bei unmittelbarer Zufuhr der Quecken mittels Gefähr in die Fabrik nach Großenhain wird außer dem Höchstpreis von 8.— M. pro Tonne reiner Quecken bei Zufuhr größerer Mengen eine angemessene Aufwandsabgabe bewilligt. Im einzelnen Falle ist mit dem genannten Aufführer das Nähere zu erörtern. Großenhain, am 4. März 1919. Die Amtshauptmannschaft.

Nachstehende Verordnung des Demobilisierungsamtes Nr. 117 vom 17. Februar 1919 wird hierdurch zur allgemeinen Kenntnis gebracht mit dem Bemerkten, daß all bisher ergangenen Verordnungen über Anmeldung des Bedarfs an Arbeitskräften bei einem Arbeitsnachweis auch weiterhin in Geltung bleiben: (Zu vergl. Verordnung des Arbeits- und Wirtschaftsministeriums vom 27. 11. 1918, abgedruckt in Nr. 303 des Rieser Tageblattes vom 31. 12. 1918.)

Verordnung über die Pflicht der Arbeitgeber zur Anmeldung eines Bedarfs an Arbeitskräften.

§ 1. Jeder Arbeitgeber, welcher fünf oder mehr Arbeitskräfte benötigt, ist verpflichtet, deren Zahl, Beschäftigungsarten und Arbeitsplätze binnen 24 Stunden nach Eintritt des Bedarfs bei einem nicht gewerbmäßigen Arbeitsnachweis, welcher sich mit der Vermittlung von Arbeitskräften der benannten Beschäftigungsart befaßt, anzumelden.
§ 2. Ein Arbeitgeber, der einen Bedarf an Arbeitskräften der gleichen Art bei verschiedenen, nicht gewerbmäßigen Arbeitsnachweisen anmeldet, ist verpflichtet, bei der zweiten und jeder folgenden Anmeldung anzugeben, bei welchem Arbeitsnachweis er denselben Bedarf bereits angemeldet hat.
§ 3. Die Verpflichtung nach §§ 1 und 2 trifft an Stelle des Arbeitgebers diejenigen Personen, welche von ihm allgemein oder für den Einzelfall mit der Annahme von Arbeitskräften für seine Zwecke beauftragt sind.
§ 4. Die nach den §§ 1 und 2 meldepflichtigen Personen haben jede Befragung der als offen angemeldeten Arbeitsplätze den Arbeitsnachweisen, bei denen die Anmeldung erfolgt ist, binnen 24 Stunden mitzuteilen.

Der Streik.

Worum es sich in Leipzig handelt.

Aus Dresden ist folgendes dringendes Telegramm bei der Leipziger Streikleitung eingetroffen: „Vollständigster Schwarz ist Streit- und Soldatenrat über Wiederherstellung des wirtschaftlichen Lebens in Leipzig zu verhandeln. Er steht Donnerstag zur Verfügung. Mäßigkeit! Sofortige dringende Drahtantwort erwünscht. Interzess: Für das Gesamtministerium: Grabaner.“ — Die Leipziger „Vollständigster“ bemerkt zu diesem Verhandlungsangebot: Die Vollständigster in Dresden scheinen noch immer nicht zu wissen, worum es sich in Leipzig handelt. Die Arbeiter wollen nicht die Wiederherstellung des Wirtschaftslebens in dem Sinne, wie es die von den Reichs- und Provinzial-Parlamenten gewünscht, sondern sie verlangen nach der Sozialisierung des Wirtschaftslebens, nach der Deckung eines sozialistischen Gemeinwerts und daß nicht allein eine sachliche Angelegenheit, geschweige denn, daß diese Frage in Leipzig allein gelöst werden könnte. Wenn also Verhandlungen geführt werden sollten, so wird das nur auf der Grundlage geschehen können, daß die sachliche Regierung sich verpflichtet, für die Erfüllung der Forderungen der Leipziger Arbeiterkassette mit aller Kraft einzutreten.

Dem Reichstag großen A- und S-Räte werden folgende Forderungen der Streikenden zur Beschlußfassung vorgelegt werden: 1. Nur die von der arbeitenden Bevölkerung gewählten Arbeiter- und Soldatenräte haben die gesetzgebende und ausführende Macht. 2. Die Organisation des Wirtschaftslebens liegt in den Händen der Betriebs- und Wirtschaftsräte, welche die Sozialisierung durchzuführen haben. 3. Rationierung der Lebensmittel durch die Arbeiterräte. Der engere Ausschuss der A- und S-Räte hat sich bereits einstimmig auf den Boden dieser grundsätzlichen Forderungen gestellt. Die Streikfrage ist weiter unverändert.

Die Streikfrage scheint sich in Leipzig immer mehr zuzuspitzen. Die Streikleitung, die sich durch die Ereignisse in Berlin gehärtet fühlt, fordert in aufreizenden Ansprüchen an den Plakatwänden die Erbitterung des Bürgertums immer mehr heraus. Der Bürgerausschuss fordert auch seinerseits das Bürgerium zum Aushalten auf und weist auf die Ungerechtigkeit der neuen Regierung hin. — Die Bankangestellten hatten sich bereit erklärt, falls ihnen Licht und Heizung wie bisher geliefert, die Ernährung sichergestellt und ihre persönliche Sicherheit auf dem Wege zur Bank und während der Arbeit gewährleistet werde, diese wieder aufzunehmen. Der engere Ausschuss des A- und S-Rates hat jedoch die gestellten Bedingungen nicht angenommen. — In Schandau sind Schützengräben aufgeworfen worden. Die Arbeiter wurden im Volkshaufe bewaffnet.

Die Lebensmittelgeschäfte in Leipzig sind fast ohne Ausnahme geschlossen. Allerdings schrumpfen ihre Vorräte immer mehr zusammen. Die Waren- und Konfektionshäuser, Bäckereigeschäfte und zahlreiche andere Läden sind geschlossen. Den Lebensmittelbetrieben, Krankenhäusern und Betrieben werden durch die Streikleitungen der einzelnen Bezirke Kosten zugewiesen. Der Beamtenstreik machte die Auszahlung von Arbeiterunterstützungen und Kriegsunterstützungen bisher unmöglich. Das Reichsgericht hat gelehrt beschlossen, seine Verhandlungen bis auf weiteres auszusetzen, da es den Anwälten infolge der Verkehrsschwierigkeiten unmöglich ist, den mit ihren Mandanten notwendigen Verkehr aufrecht zu erhalten. — Die Post gab bekannt, daß Briefschaften nach auswärts vorläufig nicht mehr befördert werden.

Lohnbewegung im „Haupt- und Nebenerwerb“. In eine neue Lohnbewegung sind die Bergarbeiter des Zwickauer und Zwickauer Kohlenreviers getreten. Sie

fordern eine allgemeine einheitliche Lohnregelung für beide Reviere sowie eine einmündige Feuerungsanlage, ähnlich wie im Ruhrgebiet. Die neu zu bildenden Arbeiterausschüsse werden sich in den nächsten Tagen mit den Forderungen beschäftigen.

Zur Lage in Halle.

Aus Halle wird gemeldet: Die Eisenbahner hielten vorgestern eine Versammlung ab und beschlossen, erst dann wieder die Arbeit aufzunehmen, wenn die Rote-Garde verlassen habe. Es ist also keine Aussicht, daß der Eisenbahnverkehr sobald wieder aufgenommen wird. Die Arbeiter sind fest entschlossen, den Generalstreik weiterzuführen, bis die Regierungstruppen die Stadt verlassen haben. Das Elektrizitätswerk und das Gaswerk sind jetzt ebenfalls stillgelegt worden. Im Bergbaubezirk ist mit dem Erlaß der Schächte, besonders der Kaligruben, zu rechnen. Wenn die Arbeit im Mansfelder Kupfer-Schiefer-Bergbau nicht bald wieder aufgenommen werden kann, wird dieses auf Jahre hinaus gerührt und Deutschland dadurch seiner einzigen inländischen Kohlenquelle beraubt.

Nach einem Bericht der „Leipa. Volksstimme“ sind in Halle 3000 Mann Regierungstruppen eingetroffen. Diese Truppen seien von dem rechtssozialistischen Abgeordneten Thiele persönlich nach Halle geführt worden, trotzdem ihm bekannt gewesen sei, daß dort völlige Ruhe und Ordnung herrsche. Nur mit dem Eintreffen dieser sogenannten Weissen Garde sei die Ruhe geköhrt worden und sei es zu Plünderungen gekommen.

Die Streiklage in Berlin.

Die Streiklage wird in Berliner Regierungskreisen als glänzend betrachtet. Zu dieser Hoffnung berechtigt auch der Umstand, daß der Streik dauernd in seinen Forderungen gewechselt hat, und daß die Forderungen der Streikenden allmählich nicht verschärft, sondern herabgemindert worden sind. So hat man den Festfuß, daß die Regierung zurücktreten muß, fallen gelassen und sich auf die Forderung sachlicher Zugeständnisse beschränkt. Trotzdem darf man die Lage noch nicht als zu ruhig betrachten, da zu befürchten ist, daß die unabhängigen Sozialdemokraten und Kommunisten sich mit dem in Weimar getroffenen Abkommen nicht ohne weiteres einverstanden erklären werden. Die militärische Leitung beurteilt die Lage, gestützt auf das große Nachdruckgebot, durchaus zureichend.

Ueber Ausstellungen, die sich am Dienstag auf dem Alexanderplatz in Berlin ereigneten, ist den Plakatwänden zu entnehmen: Gegen Mittag hat sich auf dem genannten Platz eine große Menge, zumeist hitzige Gesinde, eingefunden. Zwei Offiziere, die den Platz im Wagen passierten, wurden herausgerissen, blutig geschlagen und am Boden liegend, mit Füßtritten bearbeitet. Eine Abteilung des Garde-Trains geriet in Gefahr, von der Volksmenge entzweielt zu werden. Als Regierungstruppen hinzukamen, fielen mehrere Schüsse, worauf der Platz geräumt wurde. Vier Männer und zwei Frauen wurden dabei getötet. Von den Regierungstruppen fiel ein Leutnant. Auf dem Britzener Bahnhof verhielten sich gestern nachmittag streikende Arbeiter, die Gefolge aufzureihen, wurden aber von Bahnbeamten und Soldaten daran gehindert. In der Kassenkassette mußte sich ein in das Stadttüchereie marschierender Truppenteil mit der Schutzwaffe gegen den Fahnenzug zur Wehre setzen. Dieser hat diese Schutzwaffe nicht gefordert. Am Schleichden Bahnhof und in Rosenthal ist es vorgestern noch zu einigen Plünderungen von Geschäften gekommen. — Die Beamtenkassette des Eisenbahndirektionsbezirk Berlin hat beschlossen, sich nicht an dem Generalstreik zu beteiligen, weil sie im Interesse des allgemeinen Wohles die Ordnung aufrecht erhalten wissen will und auf Seiten der Regierung steht. Einen entsprechenden Entschluß haben auch die Vertrauensleute der

Arbeiterkassette, soweit sie im allgemeinen Eisenbahnerverband organisiert sind, gefaßt. — Berliner Tageblatt, Volksanzeiger, Volkische Zeitung und andere Berliner Blätter sind auch gestern nicht erschienen. Im Laufe der letzten zwei Tage sind durch Plünderer und Räuber schwere Ausbeute erbeutet worden. Eine große Fülle von Anzeigern ist eingelaufen über Plünderung von Goldwaren- und Schmuckwarengeschäften. Das geraubte Gut beläuft sich auf viele Millionen. Auch auf Kleidungsstücke und Stoffe hatten die Räuber es abgesehen. Konfektionshäuser wurden ausgeraubt und für Hunderttausende Mark an Waren gestohlen. Im Norden und Osten der Stadt bis zum Zentrum sind zahlreiche Geschäfte ausgeraubt worden. Besonders wurden jedoch Lebensmittelgeschäfte, Butter- und Fleischwarenhandlungen ausgeplündert. Auf offener Straße hielten mittags 12 Uhr etwa zehn Matrosen an der Ecke der Schönhauser- und Treptowstraße einen Schneidemeister an und raubten ihm eine Wertesache mit 2000 Mark, die goldene Uhr und Kette. — Wie der „Vorwärts“ berichtet, brangen plötzlich vorgestern abend gegen 7 Uhr eine Anzahl Personen auf dem Bahnhof Nordring der Ost- und Untergrundbahn ein und verhielten das Auslaufen der Züge. Die Direktion hat bei der Kommandantur um militärische Hilfe, die ihr aber mit der Begründung abgelehnt wurde, daß dies heute ein Ding der Unmöglichkeit sei und daß Militär nicht einzelne öffentliche Gebäude schützen könne. Der Verkehr wurde infolgedessen gegen 8 1/2 Uhr, trotzdem die Beamten der Ost- und Untergrundbahn gehofft hatten, den Verkehr wenigstens bis gegen Mitternacht aufrecht erhalten zu können, eingestellt. In den Fabriken sind gestern früh die Arbeiter fast überall zur Arbeit angetrieben und haben erklärt, daß sie sich erst im Laufe des gestrigen Vormittags zu einer Antwort entschließen könnten.

Auch in Bremen wird es weiter unruhig.

Eine in der vergangenen Woche in Bremen abgehaltene Versammlung der Vertrauensleute sämtlicher Groß- und Kleinbetriebe setzte einen 21 allseitigen Ausschuss ein, der an die provisorische Regierung Bremens die Aufforderung auf sofortige Freilassung der politischen Gefangenen richtet, anderenfalls in Bremen der Generalstreik verhängt werden sollte. Die Regierung versprach in öfteren Unterredungen, auf die Sozialdemokratie einzumirken, daß diejenigen, bei denen kein Rückverhalt vorliegen sollte, aus der Haft entlassen werden. Die Arbeiter der A.-G. Weser haben sich gestern einstimmig für den Streik erklärt, während die Arbeiter der Dania-Hood-Werke, der Atlas- und Frankfurter Werke eine Beteiligung an dem Streik ablehnten.

Neue Ausstände im Ruhrrevier.

In einzelnen Bezirken des Essener Reviers sind die Belegschaften wegen Lohnforderungen erneut in den Ausstand getreten, und die Gesamtzahl der Ausständigen im Ruhrrevier beläuft sich auf 7500 Mann.

Spartakisten-Rührofen in Riel.

In Riel, wo die Spartakisten sich eifrig bemühen, die Arbeiter zum Generalstreik aufzuheben, haben sie einen völligen Mißerfolg zu verzeichnen.

Abstimmung über das Räteforum in Braunschweig.

Bei der Abstimmung der organisierten Arbeiterkassette der Stadt Braunschweig in der Frage des Räteforums wurden, wie der Volksfreund meldet, 881 Stimmen für sofortige und 2013 Stimmen für spätere Einführung des Räteforums in Braunschweig abgegeben. Ungültig waren 117 Stimmen.

Rändener Forderungen.

30 sozialdemokratische Versammlungen nahmen in Rändern eine Entschlieung an, die folgende Forderungen enthält: Sozialistische Einheitsfront, Einberufung des Landtages, Bildung einer verhandlungsfähigen Regierung, S-

J.F.